

## Religion braucht Räume

Erklärung der Landesarbeitsgemeinschaft ChristInnen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor dem Hintergrund der Debatten über Moscheebauten in verschiedenen hessischen Kommunen

Die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Religionsausübung beinhaltet selbstverständlich auch das Recht, geeignete Gebets- und Ritualräume zu errichten und zu betreiben. Dies gilt aus Sicht der LAG für jede Religionsgemeinschaft, die zu einer friedlichen Koexistenz mit anderen Weltanschauungen bereit ist.

Zur grundgesetzlich garantierten Freiheit der Religionsausübung gehört für die LAG ChristInnen auch, dass der Bau religiöser Räume den praktischen und ästhetischen Bedürfnissen der jeweiligen Religionsgemeinschaft entspricht, so weit dies im Rahmen örtlich gültiger Bebauungspläne zu verwirklichen ist. Bestrebungen, Bebauungspläne zur Verhinderung etwa des Baus von Moscheen abzuändern, tritt die LAG ebenso entschieden entgegen, wie all den scheinbar rationalen Argumentationen um Parklätze oder „dramatische“ Veränderungen des Stadtbildes, die zumeist nur verschleiern sollen, dass man dem Bau insbesondere einer Moschee in der eigenen Nachbarschaft grundsätzlich ablehnend gegenübersteht.

Gerade als ChristInnen wissen wir es sehr zu schätzen, dass unsere Kirchen und Gemeinderäume in der Mitte unserer Wohnviertel liegen und leicht erreichbar sind. Deshalb halten wir es für wichtig, diese Möglichkeit der selbstverständlichen Einbindung religiöser Praxis in den Alltag auch Menschen anderen Glaubens zu eröffnen. Was in unserer Gesellschaft – im übrigen ja noch seit gar nicht so langer Zeit – im Zusammenleben von katholischen und evangelischen Christen selbstverständlich geworden ist, sollte in gleicher Weise im Miteinander mit anderen Religionen ermöglicht werden.

Die LAG ChristInnen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt es deshalb, wenn in Hessen Moscheen, Synagogen und Tempel ebenso wie christliche Kirchen dort gebaut werden, wo die Gläubigen leben. Sie freut sich auf die Entstehung vieler neuer, stilvoller religiöser Gebäude als öffentliche Zeichen dafür, dass Menschen, die nach Hessen kommen, hier auch religiös eine Heimat finden können.

17. September 2007